

Protokoll

über die Konferenzsitzung des Landtages vom 11. Juli 1940.

Anwesend alle Abgeordneten.

Regierungsvertreter Dr. Vogt.

Präsident. Wir haben den Schlussteil der Gewerbeordnung zu behandeln

Wir stehen bei Art. 105.

Der Entwurf wird verlesen.

Präsident zu Art. 109. Sind die ~~da~~ gesetzlichen Bestimmungen gemeint da schon bestehen oder auch die, die noch in Vorbereitung sind.

Schädler, Nendeln. Diejenigen die bestehen.

Präsident zu Art. 110. Dieser Punkt ist eng, sogar viel zu eng. Wenn aber der Landtag damit einverstanden ist ist es recht. In der Praxis wird sich die Sache aber nicht durchführen lassen.

Kindle. Ich wäre dafür, dass das Bauamt Arbeiten bis Fr. 100.-- selber vergeben kann und von Fr. 100 bis Fr. 500 soll die Regierung bestimmen

Präsident. Die Regierung kann immer sagen es geht nicht. Aber es lässt sich bei besonderen vorliegenden Verhältnissen auch nicht immer

ein Regierungsbeschluss herbeiführen. Ich bin der Meinung, dass sich diese Vorschrift in der Praxis ungünstig auswirken wird. Ich halte

Sie vom Standpunkte des Bauamtes aus für undurchführbar.

Bühler Oswald. Ich glaube es geht da mehr auf die grossen Sachen aus als auf die kleinen. Er erinnert an den Bau des Kanals im Regie.

Präsident. Der Kanal wird im allgemeinen nicht im Regie gebaut sondern im Akkordwege.

Bühler Oswald. Ich höre immer wieder schimpfen im Volk draussen, dass Arbeiten für den Kanal in Regie vergeben werden und zwar grosse Brunhart. Letzthin ist im Steg eine Arbeit gemacht worden, eine grosse sogar, da wird geschimpft.

Präsident. Da wollte man eben die Maurerlehrlinge unterbringen.

Brunhart. Das letzte Jahr ist auch vieles bei unseren Strassen dem Wallo gegeben worden und nicht ausgeschrieben worden.

Präsident. Ich glaube hier hat weniger das Staub aufgeworfen, dass der Wallo die Arbeit gemacht hat als vielmehr das, dass Liechtensteiner Provisionen bezogen haben. Diese Sache gibt aber nun keinen Anstoss mehr.

Ruggell. Wie ist das mit den Lieferungen die man weiter hernehmen muss.

Präsident. Da war es so, dass man die Sache eben durch einen beziehen musste.

Risch, Vaduz. Ich glaube den Preis würde es ja sowieso kosten, ob da noch ein Bürger Provision hat oder nicht.

Präsident. Nein. Diese Provisionen werden ganz klar verrechnet.

Ich habe die fragliche Firma selber gefragt und erhielt die Auskunft dass wenn sie die Provision zahlen müsse, diese eben auch berechnet werde. Das ist die Erfahrung der letzten Jahre.

Dr. Vogt. Wenn man die Ware hier kaufen kann, soll man hier kaufen. Aber bei vielen Sachen lässt sich das eben nicht machen, z.B. Ersatzteile.etc.

Brunhart. Es ist geschimpft worden. Man hat gesagt, wenn wenigstens die Pfästerung ausgeschrieben worden wäre.

Präsident. Es ist dies Facharbeit. Jetzt sind sie z.B. drei Wochen am Kanal am Aufräumen. Ich kann mir nicht recht vorstellen, wie man z.B. solche Arbeiten im Akkord vergeben soll, z.B. auch die Böschung richten. Es ginge vielleicht, wenn wir nur ganz wenige Kilometer zu machen hätten, da wir aber die Arbeit strecken müssen wegen der Finanzierung, kann man das nicht machen.

Brunhart. Es sieht so aus, als ob das Land der grösste Unternehmer wäre.

Präsident. Nein, das Land führt die Arbeiten doch für sich selbst aus.

Sele. In solchen speziellen Fällen wäre ich auch nicht für Akkord. Einmal wird die Arbeit nicht so gut gemacht als in Regie und übernimmt die Arbeiten zumeist zu billig. Jeder will sie eben.

Präsident. Es soll jeder Laie an den Kanal hinunter oder an den Rhein hinaus und er wird sehen wo Regie und wor Akkordarbeit war. Hoop, Ruggell. Jede Gemeinde hat eine Anzahl Leute, die zu keiner Höchstleistung fähig sind, wenn man aber diese nicht auf irgend eine Art beschäftigen kann ~~kann~~^{muss} man sie eben sonst erhalten

Beck Johann. Ich bin auch der Meinung, dass wenn diese Arbeiten im Akkord ausgeführt würden, dann die meisten Leute die jetzt unten beschäftigt sind beschäftigungslos würden.

Brunhart. Es geht da nicht um das. Es geht um die grösseren Arbeiten die gemacht und nicht ausgeschrieben worden sind. An den erwähnten Arbeiten stösst sich niemand.

Risch, Vaduz. Ich glaube es wäre das beste, wenn man mit dem Gewerbeverband wegen der Fassung dieses Artikels nochmals Rücksprache nehmen würde.

Hasler. Ich bin der Meinung, das Bauamt soll auch dazu Stellung nehmen.

Dr. Vogt. Ich selbst würde mich mit Ausnahme der Lieferungen an das Land ~~nicht~~ an dem Text nicht stossen. Wesentliches ändert sich an dem jetzigen Zustand ja nichts. Entscheiden ob eine Arbeit ausgeschrieben wird oder nicht ~~es~~ tut ja die Regierung nach wie vor.

Präsident. Jedenfalls müssten die Gemeinden auch verpflichtet werden.

Dr. Schädler zu Art. 110, 2 Satz. Anstatt des Wortes "untunlich" würde ich "nachteilig" einschalten.

Sele. In Triesen war ja im letzten Jahr so ein Streitfall. Ich würde glauben nur Randsteine sollten unsere Unternehmen schon machen können

Dr. Vogt. Dieser Fall Triesen eignet sich meiner Ansicht nach nicht zur Illustration dieses Falles.

Präsident. Nach meiner Erfahrung besteht dann schon ein Unterschied in der Qualität der Arbeit, die unsere Unternehmer leisten und der derjenigen die ein Fachmann leistet.

Risch. Die gleiche Arbeit sei in Schaan gemacht worden von Josef Hilti.

Präsident. Bezüglich Qualität möchte ich dass man einen Fachmann bezieht.

Schädler, Nendeln. Ich befürworte, wenn der Artikel in seiner jetzigen Fassung im Grossen und Ganzen bleibt

Präsident. Das ist niemand dagegen, wenn ein Unternehmer auch Steuern zahlt soll man ihm auch Arbeit zuhalten.

Eberle. In Triesen hat die Firma den Stil umgedreht, da müsste Johann Beck Zeuge sein, er war damals Arbeiterpräsident.

Präsident. Ja ist es da von Streik und allem Möglichen geredet worden.

Brunhart. Die Strasse in Schaan die der Hilti gemacht hat, sei nicht recht, die in Balzers die ist aber recht.

Präsident. Die Firma Hilti hat die Sache ganz gut machen wollen. Sie hat es so gut machen wollen, dass sie zuviel Material darin getan hat. Da fehlt es eben an der nötigen Erfahrung.

Beck Johann. Wegen der von Eberle angezogenen Sache muss ich sagen, dass uns Zollinger das Wort gebrochen hat. Ich glaube sicher, dass wir Maurer hätten die grosse Randsteine versetzen könnte, da brauchen wir keine Schweizer dazu.

Präsident. Es ist da wegen dem Bächli Kritik laut geworden. Er hat meinetwegen in der Saison täglich 40 Franken verdient. Er hat tatsächlich schön verdient, er war aber auch der beste Arbeiter, den die Firma hatte, eben Spezialist in dieser Sache.

Brunhart. Wir sind von der Sache abgegangen. In Triesen hätte man die Arbeit doch einem Hiesigen geben können. Aber es ist eben kein guter Wille da.

Bezüglich Art. 110, Absatz 2 erwähnt Präsident
Es kann durch besondere Umstände eintreten, dass einer z.B. in Balzers ein Offert auf die Post gibt. Der Brief geht nicht mit der nächsten Post und die Offerte kommt zu spät. Ein solcher Fall ist behandelt worden dass der Brief laut Stempel früher hätte eingehen müssen.

Da würde ich weiter gehen und sagen, alles was bis zu der und der Frist beim Bauamt vorliegt wird berücksichtigt, alles andere, was für Umstände auch vorliegen mögen, wird nicht berücksichtigt.

Schädler. Ich glaube, wenn einer Interesse an der Sache hat, bringt er die Offerte auch rechtzeitig ein.

Präsident. Für das Zuspätkommen der Offerten werden manchmal alle möglichen Begründungen angeführt.

Kindle. Wegen dem Steger Fall seinerzeit war um 10 Uhr nur eine Offerte da.

Präsident. Bisher war es so, dass nach der Offertöffnung keine Offerte

mehr angenommen haben.

Sele. In der letzten Stunde sollte einer auch eine Offerte nicht mehr abändern können.

Präsident. Zurückziehen müssen wir eine Offerte lassen, aber es ist fraglich ob man einen wieder eingeben lassen soll, wenn er seine Offerte zurückgezogen hat.

Brunhart. Präsident hat da auch Fälle erwähnt, dass es vorgekommen sei, dass einer billiger, einer teurer und einer noch teurer eingegeben habe und dass sie die Sache miteinander gehabt haben.

Präsident. Ich habe gesagt, dass Fälle so konstruiert gewesen seien.

Brunhart. Ich war z.B. 500 Franken teurer als der Foser.

Präsident. Foser kann sagen, er habe auch eingegangen und kann die Regierung belangen.

Hoop, Reg. Rat. Das war eine Gemeindesache, man hat die Regierung da nicht gefragt.

Präsident. Meines Wissens hat man die Sache so ausgemacht, die Gemeinde vergibt die Arbeit über das Bauamt.

Dr. Vogt. Ich bin ein Gegner davon, dass hier der Grundsatz durchbrochen werden soll, dass auf andern Gebieten z.B. Im Strafprozess etc. Geltung hat.

Präsident. Es sind da zwei Vorschläge. Einer geht dahin, dass diejenigen Offerten Berücksichtigung finden die vorliegen und ein zweiter geht nach der Rechtspraxis, also der Poststempel soll gelten. Bei der Abstimmung sind 9 Stimmen dafür, dass diejenigen Offerten gelten sollen, die vorliegen.

Dr. Vogt. Ich würde auch eine einmache gemachte Offerte nicht mehr ändern lassen wohl aber zurückziehen.

Dr. Schädler. Da soll im Unterland ein Fall gewesen sein, dass Maurerarbeiten ein einen Scherenschleifer vergeben worden seien. Ich glaube, das widerspricht dem Sinne der Gewerbeordnung.

Präsident. Wenn wir den Scherenschleifer ausscheiden müssen wir auch den Bauer ausscheiden. Luzi Nipp ist z.B. Bauer, aber er ist der beste

Akkordant. Ich Sele. Ich glaube, dass wegen diesem Fall auch vom Arbeiterverband damals reklamiert wurde. Der Mann hat ja auch darauf gezahlt.

Präsident. Ich möchte noch aufmerksam machen auf Art. 110 Litera a) es heisst dort "wesentlich". Was ist wesentlich. Das Wort nützt nichts. Nach meiner Auffassung ist z.B. 10 % wesentlich.

Dr. Schädler. Dieser Punkt sollte schon interpretiert werden. Man hat den Tunnel angeschnitten und damit den Bau eines Saminawerkes. Man hat bei diesen grossen Arbeiten früher schon Erfahrungen gemacht. Es kann z.B. eine leistungsfähige Firma höher sein im Preise aber sie ist im Stande einzuhalten, was sie versprochen und übernommen, während ein anderer durch Flickarbeit und dergleichen eben auf der Strecke bleibt.

Dr. Vogt. Was sind ausländische Bewerber?

Nach Diskussion entscheidet der Landtag, dass unter ausländische Bewerber auch im Inlande niedergelassene Ausländer zu gelten haben.

Sele. Da steht von Unterakkorden. Die Arbeiterschaft ist grundsätzlich gegen diese Art der Akkorde.

Präsident. zu Art. 112 da steht "Fruchtslos". Ich schlage vor statt "fruchtlos" eine Besserung nicht erzielt wurde."

Dr. Vogt schlägt vor bei Art. 112 einen Punkt e) einzuschalten:

"Aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Sittlichkeit".

zu Art. 118 schlägt Dr. Vogt ebenfalls die Einschaltung eines Buchstabens d) vor "beide Strafen können verbunden werden".

~~xxxxxxx~~ Die Fassung von Art. 120, Absatz 2 wird Herr Dr. Vogt mit der Genossenschaft noch festlegen.

als Artikel 125 wird eingeschaltet:

"Das Gesetz wird als nicht dringlich erklärt und tritt mit dem Tage seiner Kundmachung in Kraft. Mit der Durchführung dieses Gesetzes ist die fürstliche Regierung beauftragt".

Präsident.

Damit ist die erste Lesung des Entwurfes beendet und der Landtag erwartet also, dass Herr Dr. Vogt mit der Gewerbe-Genossenschaft sprechen wird zwecks Abklärung gewisser Punkte. Der Landtag erwartet dann das Ergebnis dieser Besprechungen.

Präsident. Herr Reg. Chef hat vorgeschlagen die Punkte wegen Bürgerschafts-Genossenschaft für die öffentliche Sitzung vorzubereiten.

Ist jemand gegen diesen Vorschlag.

Es ist niemand dagegen.

Sele. Ich möchte anfragen könnte man nicht ein Verzeichnis haben über die konzessionierten Unternehmer. Ob einer z.B. eine beschränkte Konzession hat etc.

Schädler Nendlen. Ich möchte noch zurückkommen auf die Eschner Trainage wegen gleicher Behandlung.

Präsident. In diesem Falle hat der Landtag keinen Beschluss gefasst.

Die Eschner sollen einen Antrag an die Regierung machen.

Schädler Nendeln. Ich stelle den Antrag, dass diese Sache von der Regierung so behandelt wird, wie diese Fälle sonst behandelt worden sind.

Hoop, Reg. Rat. Wir haben das Gesuch eingebracht an die Regierung.

Wir fragen uns, warum wir eine Sonderbehandlung erfahren.

Wir sind der Meinung es müsse sofort in den Landtag.

Hoop, Ruggell. Die Eschner Sache ist schon ein wenig anders als die

Balzner Sache. Damals waren die Zeitverhältnisse eben anders. In Schellenberg sind wahrscheinlich die Rohre auch vom Lande bezahlt worden.

Brunhart. Wenn in Schellenberg die Rohre das Land bezahlt hat, dann muss derjenige der das weiss anzeigen.

Hoop, Reg. Rat. Heuer ist ein Beschluss gefasst worden, die Trainagen müssten kontrolliert werden. Hat man kontrolliert stimmt das Mass nicht.

Wenn man die Sache umrechnet haben wir mehr Rohre drin. Durch die

Kontrolle ist ein gewisser Einheitspreis geschaffen worden. Die Sache ist aber von den Vorstehern meistens ohne weiteres unterschrieben worden.

Hoop, Ruggell. Die Vorsteher hätten sollen kontrollieren. Die Vorsteher haben es unterschrieben und der wo kontrolliert hat, hat meistens etwas anderes herausgebracht.

Ich möchte in der Sache der Regierung etwa keinen Vorwurf machen. Wenn natürlich die Kontrollorgane versagen, ist die Regierung nicht schuld.

Brunhart. Wenn die Vorsteher schuld sind, sollen sie hergenommen werden.

Präsident. Durchschnittlich war man da eben sehr weitherzig. Wir müssten da alle Vorsteher hernehmen. Es ist ein ähnlicher Fall bei der Alpwirtschaft. Früher hat man die sogenannten Alptage nicht berechnet, nachher sind die berechnet worden und damit in das Subventionswesen hineingekommen.

Matt, Mauren. Ich habe auch gehört, dass die Arbeiten in Eschen teuer seien.

Präsident. Die Sache Eschen wird dadurch am besten geregelt werden können, dass die Eschner in einem Schreiben an die Regierung die Angelegenheit urgieren.

Eberle. Was macht man mit Leuten, die Subventionen zum Voraus bezogen haben.

Präsident und Dr. Vogt. Da ist wohl nicht viel hereinzubekommen.

Präsident gibt sodann bekannt, dass zur nächsten Sitzung eingeladen und dieselbe durch eine vorhergehende Sitzung der Finanzkommission vorbereite werde.

Schluss der Konferenzsitzung 12 Uhr.